Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2802

04. 05. 79

Fragen

für die Fragestunden
der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 9. Mai 1979
am Donnerstag, dem 10. Mai 1979

Seite

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

Buchdruckerei P. Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn 2, Postfach 200821
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel.: (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

1. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung auf Grund von kürzlich erfolgten Presseveröffentlichungen versucht, mit dem ehemaligen Lagerkommandanten des Guerilla-Rekrutierungslagers „Francistown" (Botswana), Gumbo Mazwy, Verbindung aufzunehmen, oder was gedenkt sie zu unternehmen, um seine Aussagen zu überprüfen, das von der Bundesregierung mit 500 000 DM finanzierte Lager „Selebi Pikwe" sei ein Rekrutierungslager für Guerillas gewesen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

2. Abgeordnete **Frau Traupe** (SPD)

Welche Haltung vertritt die Bundesregierung zu der Tatsache, daß im EG-Agrarhaushalt 1979 die Interventionsmittel von 11,8 Millarden DM auf fast 14 Milliarden DM gesteigert wurden?

3. Abgeordnete **Frau Traupe** (SPD)

Wie stellt sich die Bundesregierung dazu, daß die Interventionsmittel für die Vernichtung von Obst und Gemüse innerhalb eines Jahrs von 239 Millionen DM auf 727 Millionen DM gesteigert wurden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

4. Abgeordneter **Marschall** (SPD)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus kürzlich veröffentlichten Meinungsforschungsergebnissen, die bei der Mehrheit der befragten Beamten eine weitgehende Unkenntnis wichtiger grundgesetzlicher Bestimmungen ergeben, die soweit geht, daß z. B. in Verfassungsregelungen wie Sozialpflichtigkeit des Eigentums, Möglichkeit der Vergesellschaftung, Recht zum Widerstand und friedensstaatlicher Auftrag Verfassungsbestimmungen der DDR gesehen werden, bzw. was gedenkt die Bundesregierung zur besseren Information der zur Verteidigung unserer Verfassungsordnung verpflichteten Beamten in ihrem Verantwortungsbereich zu tun?

5. Abgeordneter **Marschall** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Untersuchungen über die grundsätzlichen Kenntnisse der Bundesbeamten im Bereich der inneren Sicherheit vor, bzw. werden solche Prüfungen auf Kenntnis und Verarbeitung verfassungsrechtlicher Bestimmungen vorgenommen?

6. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Hält es die Bundesregierung im Anschluß an ein vom Institut für Demoskopie in Allensbach erstelltes Umfrageergebnis für möglich oder wahrscheinlich oder aber für ausgeschlossen, daß auch jeder dritte Bundesbeamte noch nie das Grundgesetz, auf das er verpflichtet ist, in der Hand gehabt hat und daß bis zu zwei Drittel der Bundesbeamten wichtige Grundgesetzartikel, wie Artikel 14 Abs. 2, Artikel 15,

Artikel 20 Abs. 4 und Artikel 26 entweder überhaupt nicht kennen oder überwiegend der DDR-Verfassung zuordnen, und was hat die Bundesregierung bisher getan, um die Kenntnis des Grundgesetzes unter der Beamtenschaft zu verbreiten und zu vertiefen?

7. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Wie kann unter der Voraussetzung des hohen Mangels an Kenntnissen über das Grundgesetz garantiert werden, daß alle Beamten stets, vor allem in Krisenzeiten, die Gewähr dafür bieten, für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzutreten, und wie kann unter der Voraussetzung des Umfrageergebnisses garantiert werden, daß sich nicht auch wesentliche Teile der Beamtenschaft daran beteiligen, Demokraten, die die Vergesellschaftung von Produktionsmitteln nach Artikel 15 des Grundgesetzes fordern, als „Verfassungsfeinde" oder „Kommunisten" zu brandmarken oder solchen Bürgern gar rechtswidrige Nachteile, wie die Abweisung als Bewerber für den öffentlichen Dienst, zufügen?

8. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Bleiben die in Hessen stationierten Einheiten des Bundesgrenzschutzes, die vorwiegend zur Sicherung des Frankfurter Flughafens und anderer gefährdeter Objekte eingesetzt sind, vorerst im Land (vgl. die Meldung der Hessischen Allgemeinen Zeitung vom 27. März 1979)?

9. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Wann ist damit zu rechnen, daß der Bundesgrenzschutz von den Aufgaben des Schutzes des Frankfurter Flughafens und anderer in Hessen gelegener gefährdeter Objekte freigestellt und diese Aufgaben wieder ausschließlich durch die hessische Landespolizei wahrgenommen werden?

10. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Welche Schritte hat die Bundesregierung bisher eingeleitet bzw. wird sie einleiten, um zu verhindern, daß in der Bundesrepublik Deutschland rechtskräftig verurteilte Spione oder Personen, die sich durch ihre Flucht einer Aburteilung wegen Spionage entzogen haben, bei Erreichen des Pensionsalters ein Altersruhegeld erhalten werden?

11. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die Veröffentlichungen in den letzten Ausgaben der Zeitschrift „Stern" (Nr. 17 bis 19 mit den Titeln ‚Freiheit 79 „Dein Bild für den Geheimdienst", Schnüffelstaat „Die Leichen in Herold's Keller" und Freiheit 79 „Ein Geheimdienst geht baden" '), denen geheimhaltungsbedürftiges und entsprechend eingestuftes Material zugrundeliegt, zum Anlaß genommen, nach den möglichen Tätern zu forschen und strafrechtliche Maßnahmen gegen sie einzuleiten?

12. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Hat die Bundesregierung die türkische Zeitung „Anadolu" in der Vergangenheit finanziell oder anderweitig unterstützt, und wie sieht die Unterstützung gegebenenfalls zur Zeit aus?

13. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Aktivitäten der türkischen Idealisten- und Kulturvereine in der Bundesrepublik Deutschland, und welche Konsequenzen wird die Bundesregierung gegebenenfalls aus diesen Aktivitäten ziehen?

14. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)	Trifft es zu, daß radioaktive Substanzen, die aus den Wiederaufarbeitungsanlagen La Hague (Frankreich) und Windscale (Großbritannien) ins Meer geleitet werden, bereits bis in die Deutsche Bucht gelangt sind und an der Nordseeküste festgestellt werden konnten, und wenn ja, was beabsichtigt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen?
15. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Sicherheit der internationalen Atommüllager im Nordatlantik, die bisher vorwiegend Atommüll aus den USA und aus Großbritannien aufgenommen haben?
16. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)	Kann der Antwort der Bundesregierung auf die Frage Nr. B 44 vom 27. April 1979 (Drucksache 8/2763) betreffend die Entwicklung der Schwefeloxidimmissionen entnommen werden, daß die Bundesregierung gegenwärtig nicht in der Lage ist, die Auswirkungen der von ihr geforderten Rauchgasreinigung an Großfeuerungsanlagen auf die vorgegebene Immissionsbelastung in den Ballungsgebieten annähernd zu quantifizieren?
17. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)	Mit welcher Menge an staub- oder gasförmigen Emissionen ist bei der Erzeugung einer Terawattstunde auf Kohlebasis zu rechnen, wenn dabei nasse bzw. Trockenverfahren zur Abgasendreinigung nach dem Stand der Technik eingesetzt werden, und welche Umweltbelastungen ergeben sich daraus durch den von der Bundesregierung geplanten verstärkten Ausbau der Kohlekraftwerkskapazitäten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

18. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang der von ihr ausgearbeitete Mustermietvertrag in der Praxis Anwendung findet?
19. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)	Kann die Bundesregierung bestätigen, daß der von ihr ausgearbeitete Mustermietvertrag in der Praxis weitgehend als nicht praktikabel angesehen wird, und gedenkt sie, eine Überarbeitung vorzunehmen?
20. Abgeordnete **Frau Matthäus-Maier** (FDP)	Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Erfahrungen nach Einführung des § 88a StGB – insbesondere über die Zahl der Ermittlungsverfahren und deren Ergebnisse – vor?
21. Abgeordnete **Frau Matthäus-Maier** (FDP)	Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen Hausdurchsuchungen bzw. Beschlagnahmen auf Grund von Ermittlungsverfahren nach § 88a StGB später zu Anklagen nach anderen Paragraphen des Strafgesetzbuches geführt haben?
22. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß Spione aus der DDR, die sich rechtzeitig dem Zugriff bundesdeutscher Abwehrstellen durch die Flucht entziehen konnten, ihre Wohnungseinrichtungen durch DDR-Stellen abholen ließen, ohne daß Bundesbehörden einschritten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

23. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, das Urteil des Bundesfinanzhofs vom 24. November 1978 – VI R 171–172/76 (Bundessteuerblatt 1979 II S. 148), wonach ein Berufskraftfahrer im Ergebnis keine Verpflegungsmehraufwendungen als Werbungskosten steuerlich geltend machen kann, uneingeschränkt anzuwenden bzw. den Ländern zur Anwendung zu empfehlen?

24. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Anwendung des erwähnten Bundesfinanzhofurteils zu einer erheblichen steuerlichen Benachteiligung der Berufskraftfahrer führt und dadurch in der weiteren Konsequenz Personalkostensteigerungen und Arbeitsplatzverluste im Güterkraftverkehrsgewerbe drohen, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?

25. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Ist die Forderung des hessischen Finanzministers Reitz (vgl. Frankfurter Neue Presse vom 21. April 1979), die steuerliche Kilometergeldpauschale bei Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte von 36 auf 50 Pfennig pro Kilometer anzuheben, für die Bundesregierung Veranlassung, ihre bisher ablehnende Haltung in dieser Frage zu überdenken, und was hat die Bundesregierung in dieser Frage bisher auf Grund etwaiger Initiativen des hessischen Finanzministers unternommen?

26. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung die Anregung des hessischen Finanzministers aufgreifen, die derzeitige steuerliche Kilometerpauschale von 0,36 DM bei den Werbungskosten wegen der ständigen Benzinpreissteigerungen anzuheben, und wann ist gegebenenfalls mit einer entsprechenden Gesetzesinitiative zu rechnen?

27. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Auffassung, daß zwar von der jetzt eingetretenen Kraftstoff- und Ölverteuerung ein heilsamer Druck für ein energiebewußtes Verhalten von Verbrauchern und Industrie ausgehe, daß die Kosten dieses „marktwirtschaftlichen Spiels" von den Arbeitnehmern, deren finanzielle Belastungsfähigkeit begrenzt sei, nicht unbeschränkt mitgetragen werden könnten, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?

28. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Trifft es zu, daß der Verwaltungsaufwand bei der Erhebung der Leuchtmittelsteuer zwischenzeitlich ein Ausmaß angenommen hat, das in keiner Weise dem Ertrag gerecht wird bzw. eine gerechte steuerliche Behandlung der Leuchtmittelhersteller nicht gewährleistet?

29. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Gedenkt die Bundesregierung, die Leuchtmittelsteuer in die Liste der Bagatellsteuern mitaufzunehmen, um sie eventuell abzuschaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

30.	Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)	Welche Verbesserungen haben sich seit 1976 in der Stufenausbildung in der Bauwirtschaft, die durch die Verordnung vom 1. Juli 1974 geregelt ist, ergeben?
31.	Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)	Sind die Ausbildungsphasen in der Stufenausbildung in der Bauwirtschaft so geregelt, daß eine ausreichende praktische Grundausbildung im Betrieb immer gewährleistet ist?
32.	Abgeordneter **Hansen** (SPD)	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die steigenden Preise für Dieseltreibstoffe zu stabilisieren und den damit verbundenen vielfältigen Nachteilen für die verschiedenen Verbraucher zu begegnen?
33.	Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, ob und inwieweit die Automobilhersteller von der überarbeiteten Norm zur Kennzeichnung des Treibstoffverbrauchs Gebrauch machen und die Käufer von Automobilen zutreffend und ohne Beschönigungen auf den Kraftstoffverbrauch ihrer Erzeugnisse hinweisen?
34.	Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)	Trifft es zu, daß – wie in der „Welt der Arbeit" vom 26. April auf Seite 1 behauptet – der Volkswagenkonzern ein Sparauto mit einem Kraftstoffverbrauch von 4 Litern je 100 km entwickelt hat, und erwägt die Bundesregierung gegebenenfalls, diesen Autotyp unter Energiespargesichtspunkten besonders herauszustellen?
35.	Abgeordneter **Gansel** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung angesichts der Tätigkeit des Bundesverbands für Luftfahrtzubehör- und Raketenindustrie den Vorschlag, auch die Entwicklung von Kriegswaffen und den Handel mit entsprechenden Entwürfen und Patenten durch das Kriegswaffenkontrollgesetz genehmigungspflichtig zu machen?
36.	Abgeordneter **Gansel** (SPD)	Inwieweit können Rüstungsunternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland durch Kooperationsverträge mit Unternehmen aus anderen Nato-Ländern die restriktiven Bestimmungen des deutschen Waffenexportrechts umgehen, und wie wird die Bundesregierung, dem Auftrag des Artikels 26 des Grundgesetzes folgend, solche Umgehungen unmöglich machen?
37.	Abgeordneter **Jungmann** (SPD)	Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu Bestrebungen ein, in den Gremien der EG ein Aktionsprogramm für die Entwicklung, Herstellung und Exportförderung konventioneller Waffensysteme zu erstellen, und inwieweit hält sie eine Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland in Anbetracht des Artikels 26 des Grundgesetzes überhaupt für verfassungsrechtlich zulässig?
38.	Abgeordneter **Jungmann** (SPD)	Welche Zusagen sind dem Bundesverband für Luftfahrtzubehör- und Raketenindustrie für Waffen- und Rüstungsgüterexporte gemacht worden?
39.	Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)	Welchen Mitgliedsfirmen des Bundesverbands für Luftfahrtzubehör- und Raketenindustrie sind Exportgenehmigungen für Kriegswaffen erteilt worden, um gefährdete Arbeitsplätze zu sichern?

40.	Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)	Hat die Bundesregierung die Erklärung des Ständigen Vertreters der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1976 entsprechend inzwischen geprüft, ob das Problem des „wachsenden Exports konventioneller Waffen und Waffentechnologien in fast alle Teile der Welt" durch „regionale Ansätze" gelöst werden kann, und mit welchem Ergebnis ist diese Prüfung gegebenenfalls abgeschlossen worden?
41.	Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)	Wie hoch waren die Zuwachsraten für den Primärenergieverbrauch und den Stromverbrauch in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1978 bzw. im ersten Quartal 1979, und wie bewertet die Bundesregierung die Entwicklung unter dem Gesichtspunkt der angestrebten Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energiezuwachs?
42.	Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)	Sieht die Bundesregierung angesichts dieser aktuellen Zuwachsraten die Konzeption der Energieeinsparpolitik von Bund und Ländern bestätigt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

43.	Abgeordneter **Schirmer** (SPD)	Wie viele Zivildienstleistende sind in den Bereichen des Sports mit welchen besonderen Aufgaben und Ergebnissen tätig?
44.	Abgeordneter **Schirmer** (SPD)	Beabsichtigt die Bundesregierung, auf der Grundlage vorliegender Erfahrungen und Ergebnisse die für Zivildienstleistende angemessenen Möglichkeiten in den Sportorganisationen besonders zugunsten der Rehabilitation, der Betreuung von Kindern, Behinderten und alten Menschen fortzusetzen und auszuweiten?
45.	Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)	Beabsichtigt die Bundesregierung – angesichts der Tatsache, daß das Schwerbehindertengesetz es nicht zuläßt, in anerkannten Behindertenwerkstätten eingegliederte Behinderte zu entlassen, ungeachtet dessen, daß (zumal im Grenzland) eine Vollbeschäftigung in der Werkstatt nicht garantiert werden kann und trotzdem alle Aufwendungen einschließlich des Gehalts für den Behinderten weiterzuzahlen sind –, eine Änderung des geltenden Rechts vorzuschlagen dahin gehend, daß für eingegliederte Behinderte, auch soweit sie dem freien Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, Arbeitslosenversicherungsbeiträge abgeführt werden können?
46.	Abgeordneter **Grobecker** (SPD)	Liegen der Bundesregierung Ergebnisse und Erkenntnisse von Forschungsvorhaben vor, die geeignet sind, Herstellern und Betreibern von Datensichtgeräten bzw. Bildschirmgeräten durch Verordnungen und Richtlinien technische Normen zur Gestaltung dieser Geräte vorzugeben, die eine Gesundheitsgefährdung für Beschäftigte ausschließen?
47.	Abgeordneter **Grobecker** (SPD)	Liegen der Bundesregierung Ergebnisse und Erkenntnisse von Forschungsvorhaben vor, die es notwendig erscheinen lassen, eine Arbeitsstättenrichtlinie für Kassenarbeitsplätze zu verabschieden, die gewährleistet, daß schwere körperliche Arbeit an Kassenarbeitsplätzen abgestellt wird und Wettbewerbsverzerrungen durch die Einrichtung humaner Arbeitsplätze im Einzelhandel verhindert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

48. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen Gewerkschaftszugehörigkeit und Einstellung zu Streiks Kriterien für die Ablehnung eines Antrags auf Anerkennung als Wehrdienstverweigerer waren („Metall" vom März d. J.), und hält die Bundesregierung Fragen nach gewerkschaftlicher Organisation und Haltung im Streik im Anerkennungsverfahren für zweckdienlich und zulässig?

49. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, damit Gewerkschaftszugehörigkeit und Bejahung von Streik als legitimes Kampfmittel der Arbeitnehmer auch im Anerkennungsverfahren als Kriegsdienstverweigerer den Betroffenen nicht zum Nachteil werden können?

50. Abgeordneter **Ludewig** (FDP)

Trifft es zu, daß es nicht nur unter den Soldaten, sondern auch unter den Beamten der Bundeswehr einen „Verwendungs- und Beförderungsstau" gibt?

51. Abgeordneter **Ludewig** (FDP)

Wenn ja, was sind die Gründe dafür, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um eine Gleichstellung der Beamten der Bundeswehr mit den Soldaten und auch mit den Beamten in anderen öffentlichen Verwaltungen zu erreichen?

52. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Wie rechtfertigt die Bundesregierung nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung die Tatsache, daß im Bereich der Bundeswehr Wehrpflichtige, die Humanmedizin oder Pharmazie studieren, generell für eine militärfachliche Verwendung vorgesehen werden, während bei Kriegsdienstverweigerern nur in Ausnahmefällen eine fachliche Verwendung vorgesehen wird?

53. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Trifft es zu, daß die Verwaltungspraxis der Wehrbehörden, Studenten der Humanmedizin oder der Pharmazie generell für eine militärfachliche Verwendung vorzusehen, vom Bundesverwaltungsgericht als rechtswidrig bezeichnet worden ist, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

54. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung auf Grund einer Mitteilung des Generalleutnants Greve vom 5. April 1979 bereit, nunmehr davon auszugehen, daß ausschließlich sie für den militärischen Flugbetrieb Eifel zuständig ist?

55. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Ist es richtig – wie in dem Schreiben des Headquarters Fourth Allied Tactical Air Force, Ramstein, Office of the Commander vom 5. April 1979 – mitgeteilt wird, daß für die Festlegung der Tiefflugschneisen ausschließlich die deutsche Bundesregierung zuständig ist und daß diese Festlegung in Zusammenarbeit des Bundesinnen-, Bundesverkehrs- und Bundesverteidigungsministeriums erfolgt?

56. Abgeordneter **Wimmer (Mönchengladbach)** (CDU/CSU)

Ist dem Bundesverteidigungsminister bekannt, welche Umstände im einzelnen am 21. März 1979 dazu geführt haben, daß der Wehrpflichtige Hans-Joachim Holten aus Mönchengladbach, Dohrer Straße 137, als Angehöriger des schweren Pionierbataillons in Emmerich/Niederrhein nach der Aufforderung durch

den diensthabenden Unteroffizier, auf die Zimmer zu gehen, in der Kaserne durch einen zum Wachdienst eingeteilten Soldaten gegen 21.50 Uhr durch Messerstiche getötet wurde?

57. Abgeordneter **Wimmer (Mönchengladbach)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß es für den schwerverletzten Wehrpflichtigen Hans-Joachim Holten weder innerhalb der Kaserne noch außerhalb der Kaserne in einem nahe gelegenen Krankenhaus eine unverzügliche Sanitätsversorgung gab, und trifft es insoweit zu, daß die in der Kaserne zuständigen Ärzte nicht auffindbar waren, und ein nahe gelegenes Krankenhaus nicht über den schweren Unglücksfall unterrichtet wurde, so daß beim Eintreffen des schwerverletzten Soldaten in diesem Krankenhaus ärztliche Hilfe nicht unverzüglich geleistet werden konnte?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

58. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Hat Frau Bundesminister Huber am 28. März 1979 in Köln erklärt, daß jährlich ca. 1 000 Babys geboren werden, die durch Alkoholkonsum der Mutter geschädigt wurden, und ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die bisherigen Informations- und Aufklärungsbemühungen ausreichen, bzw. was wird die Bundesregierung gegebenenfalls veranlassen?

59. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß wegen der Anrechnung des Kindergelds auf die Pflegesätze von Pflegeeltern eine Erhöhung des Kindergelds diesem Personenkreis nicht in voller Höhe zugutekommt, und gibt es Überlegungen oder Entscheidungen seitens der Bundesregierung, diesen Sachverhalt künftig zu Gunsten der Pflegeeltern zu regeln?

60. Abgeordneter **Dr. Reimers** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß in der „Kleinen Kommission zu Fragen der ärztlichen Ausbildung und der künftigen Entwicklung im Bereich des ärztlichen Berufsstands" die Studentenschaft ausschließlich durch drei Delegierte des VDS vertreten wird, die linksextreme Studentengruppen vertreten, und war dies der Bundesregierung bekannt?

61. Abgeordneter **Dr. Reimers** (CDU/CSU)

Ist das Bundesministerium bereit, der Tatsache, daß der VDS für die medizinischen Fachbereiche von mindestens 13 Hochschulen keinerlei Vertretungsbefugnis hat, dadurch Rechnung zu tragen, daß der studentische „Fachverband Medizin" ebenfalls an den Beratungen der Kleinen Kommission beteiligt wird?

62. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen hat das Bundesgesundheitsministerium auf Grund der Aufforderung des Bundesernährungsministers, vorgetragen vom Parlamentarischen Staatssekretär Gallus in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 25. April 1979, wegen des Verkaufs von holländischen Eiern getroffen, und ist dem Bundesgesundheitsministe-

rium die Tatsache bekannt, daß holländische Erzeuger nach wie vor Antibiotika und andere Zusätze für Futtermittel zur Erzeugung von Eiern und Geflügel verwenden, die bei uns aus gesundheitsrechtlichen Gründen verboten sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

63. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Treffen Informationen zu, wonach die Bundesbahndirektion Hannover über die Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn in Frankfurt beantragt hat oder beantragen wird, die Bahnstrecke Lemgo — Hameln schon im kommenden Herbst für den Personenverkehr stillzulegen, und wie beurteilt die Bundesregierung bejahendenfalls diesen Schritt angesichts der einmütigen Ablehnung einer solchen angeblichen Rationalisierungsmaßnahme durch alle maßgeblichen Stellen in Lippe?

64. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Betonfundament des Rotesand-Leuchtturms, der im Eigentum des Bundes steht, brüchig geworden ist, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?

65. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, diesen Leuchtturm, der das bekannteste Seezeichen vor der deutschen Küste ist, zu erhalten?

66. Abgeordneter **Müller (Schweinfurt)** (SPD)

Welche Meinung vertritt die Bundesregierung zu dem Vorschlag, auf den Bundesautobahnen Hinweisschilder auf Baudenkmäler und andere Sehenswürdigkeiten anzubringen, um den Fremdenverkehr in der näheren Umgebung der Autobahn zu fördern?

67. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Wo bleibt der europäische Führerschein?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

68. Abgeordneter **Henke** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß eine große, überregionale gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Wohnanlagen aufkauft mit dem Ziel, sie nach kurzer Zeit durch Umwandlung in Eigentumswohnungen mit hohem Gewinn zu veräußern, und hält die Bundesregierung dies gegebenenfalls für vereinbar mit den zahlreichen Steuervergünstigungen, die sich aus der sogenannten Gemeinnützigkeit ergeben?

69. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung Befürchtungen aus der Bauwirtschaft, der Kreditwirtschaft sowie der wirtschaftswissenschaftlichen Institute über eine erneute Abschwächung der Baukonjunktur und des Wohnbaus noch im Verlauf dieses Jahrs, und welche wohnungspolitischen Folgerungen ergeben sich daraus für die Bundesregierung, um die bestehenden Wohnungsbaudefizite auszugleichen und eine bedarfsgerechte Wohnungsversorgung sicherzustellen?

70\. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Welcher Art sind und welchen konkreten Zielsetzungen dienen die Überlegungen, die die Bundesregierung nach dem Interview des Bundesministers Dr. Haack in der Mai-Ausgabe der Zeitschrift „DM" angeblich über steuerliche Maßnahmen zur Abschöpfung von Spekulationsgewinnen im Zusammenhang mit der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen anstellt?

71\. Abgeordneter **Dr. Hoffacker** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten zur Beseitigung der Schwierigkeiten sieht die Bundesregierung, die sich bei der Vergabe von werkseigenen mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen an Werksangehörige daraus ergeben, daß deren Einkommen vielfach die zulässigen Grenzen bereits überschreiten?

72\. Abgeordneter **Dr. Hoffacker** (CDU/CSU)

Inwieweit kommt nach Ansicht der Bundesregierung für die hier betroffenen Wohnungen insbesondere eine Freistellung nach § 7 des Wohnungsbindungsgesetzes in Betracht, und hält die Bundesregierung eine Regelung dahin gehend für vertretbar, die Belegungsbindungen speziell bei firmengebundener Gemeinnützigkeit zu lockern?

73\. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Zu welchem Anteil und in welcher Höhe flossen die für den sozialen Wohnungsbau (1. und 2. Förderungsweg) 1978 insgesamt von Bund und Ländern zur Verfügung gestellten Mittel in die Förderung von Mietwohnungen und in die Förderung von Eigentumsmaßnahmen, und wie stellen sich diese Anteile bei den Finanzhilfen des Bundes für den sozialen Wohnungsbau dar?

74\. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Wie hoch läßt sich der durchschnittliche Betrag beziffern, der zur Förderung einer Mietwohnung und einer Eigentumsmaßnahme im sozialen Wohnungsbau aufgewandt wird, getrennt nach dem 1. und dem 2. Förderungsweg?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

75\. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Praktiken der DDR bekannt, bei der Berechnung von Straßenbenutzungsgebühren nicht den von Reisenden gewöhnlich benutzten normalen und kürzesten Reiseweg zugrundezulegen, sondern weite Umwegstrecken?

76\. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung gegebenenfalls solche Praktiken in ihren Gesprächen mit DDR-Vertretern erörtert, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

77\. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Warum wurde die Dokumentation über die politischen Verfolgungen durch die Ost-Berliner Regierung bis jetzt von der Bundesregierung nicht veröffentlicht, und wann ist mit einer Veröffentlichung zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

78. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

In welchen Positionen hat die Bundesregierung die Liste für sensitives Material im Rahmen der Abmachungen des Londoner Supplier-Clubs auf Grund der Erfahrungen mit dem Aufbau einer pakistanischen Urananreicherungsanlage geändert, und inwieweit hat dabei eine Abstimmung mit der Regierung der USA stattgefunden?

79. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Werden – wie ein Bonner Pressedienst, der auf Behördenaufträge spezialisiert ist, behauptet – die Zuschüsse aus dem Programm zur Entwicklung für Einfach-Technologien und Technologietransfer vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit erheblich großzügiger und einfacher gewährt als vom Bundesministerium für Forschung und Technologie?

80. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Sind die Forschungsberichte über abgeschlossene Forschungsprojekte des Bundesforschungsministeriums im einzelnen erhältlich, und wo ist ein vollständiger Überblick über die vorhandenen Berichte zu erhalten?

81. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Was hat oder wird die Bundesregierung entsprechend ihren Ankündigungen unternehmen, um einen vollständigen Zugang zu den Forschungsberichten aus staatlichen Forschungsprojekten zu sichern, wie dies z. B in den USA der Fall ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

82. Abgeordneter **Bühling** (SPD)

Sind der Bundesregierung die Erwägungen der türkischen Regierung bekannt, in der Türkei Internatsschulen für Kinder in Deutschland arbeitender Eltern einzurichten, auf denen die Kinder auch deutsch lernen können, aber ihrer Heimat nicht gänzlich entfremdet werden, und was wird die Bundesregierung gegebenenfalls tun, um bei der Verwirklichung dieser Vorschläge mitzuhelfen?

83. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, sich angesichts der Tatsache, daß sie die SWAPO nicht als alleinigen Vertreter Südwestafrikas anerkennt, dafür einzusetzen, daß die Vereinten Nationen nicht laufend hohe Beträge für den Unterhalt des New Yorker SWAPO-Büros und andere SWAPO-Aktivitäten leisten?

84. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Rumänien die Söhne von ausreisewilligen Deutschen in sogenannte Schwarze Brigaden (Strafbataillone für Asoziale) zu einem 16-monatigen Dienst eingezogen werden, nur weil die Eltern Anträge zur Gewährung von Besuchsreisen und der Ausreise gestellt haben, und hält sie dies für vereinbar mit Geist und Buchstaben der deutsch-rumänischen Absprache über die Ausreise rumänischer Staatsangehöriger deutscher Volkszugehörigkeit?

85. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Volksrepublik Polen ununterbrochen von der Bundesregierung verlangt, daß sie wegen einer angeblichen Verpflichtung aus dem Warschauer Vertrag in den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland die Oder-Neiße-Gebiete als „Ausland" behandelt, während Artikel IV des Warschauer Vertrags zusammen mit den Bestimmungen aus dem Deutschlandvertrag sowie das Grundgesetz einer solchen Verpflichtung entgegenstehen, und handelt es sich bei diesen Forderungen nicht um eine dauernde Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland, die die UN-Charta verbietet?

86. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung von General Haig, „die Zukunft wird ein gewisses Maß an transatlantischer Verbundenheit, Vertrauen und konzertierter Aktion erfordern" (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. April 1979), und ist sie entschlossen, allen Bestrebungen zur Annäherung an entgegenstehende Ziele des Ostblocks in Beachtung seiner ständig verkündeten ideologischen Aggression und seiner hegemonialen Ansprüche entschieden entgegenzutreten?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die in einer Dokumentation veröffentlichten Vorwürfe der „Organisation der demokratischen Jugend und Studenten des Iran" auf sich beruhen zu lassen, der Bundesnachrichtendienst habe mit dem iranischen Geheimdienst SAVAK „Komplizenschaft" geübt?

2. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Vorplatz zum Bundeskanzleramt umgebaut werden soll, wenn ja, welche Gründe werden hierfür angeführt, und wann soll dieser beginnen?

3. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Wie hoch belaufen sich gegebenenfalls die Kosten für den geplanten Umbau, und aus welchem Grund ist der Haushaltsausschuß bei den Etatberatungen für den Haushalt 1979 über dieses Vorhaben nicht informiert worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

4. Abgeordneter **Möllemann** (FDP)

Wird die Bundesregierung an die vier Mächte mit dem Ziel herantreten zu klären, ob die in der Öffentlichkeit laut gewordenen Zweifel berechtigt sind, der in Spandau einsitzende Häftling Nr. 7 sei nicht Rudolf Heß?

5. Abgeordneter **Müller (Wadern)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die sowohl auf französisch-deutscher als auch auf luxemburgisch-deutscher Seite aufgenommenen Gespräche zur Lösung des schwebenden Problems der im 2. Weltkrieg von der deutschen Wehrmacht zwangsrekrutierten Ausländer im Interesse der Freundschaft und engen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und ihren Nachbarn in Europa so schnell wie möglich zu einem positiven Ergebnis führen sollten, und wird sich die Bundesregierung gegebenenfalls dementsprechend verhalten?

6. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Ist – etwa im Sinne des Logan Act in den USA – strafrechtlich gesichert, daß die auf dem Grundsatz der Gewaltenteilung beruhenden Bestimmungen des Grundgesetzes über die Rechte und Pflichten der Bundesregierung einerseits sowie die des Deutschen Bundestages und des Bundesrates andererseits betreffend die auswärtigen Angelegenheiten und die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland angemessen beachtet werden, und wenn nein, wird die Bundesregierung eine entsprechende Initiative ergreifen?

7. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)	Geht die Bundesregierung davon aus, daß eine verfassungsgemäße Behandlung (Artikel 20 Abs. 2 des Grundgesetzes) der auswärtigen Angelegenheiten von eminenter Bedeutung für die Wahrung der deutschen Interessen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik ist?
8. Abgeordneter **Würtz** (SPD)	Ist der Bundesregierung die zum Teil untragbare Belastung südostasiatischer Staaten – insbesondere Thailands – durch indochinesische Flüchtlinge bekannt, und wenn ja, wie gedenkt sie national und auf internationaler Ebene zukünftig zu helfen?
9. Abgeordneter **Würtz** (SPD)	Ist in diesem Zusammenhang geprüft worden, ob nicht der Ankauf und die Besiedelung unbewohnter Inseln im südostasiatischen Raum unter Gestellung fachkundiger Entwicklungshelfer der EG das Flüchtlingselend mildern könnte?
10. Abgeordnete **Frau Berger (Berlin)** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß aus Rumänien in die Bundesrepublik Deutschland eingereiste Personen bei Beantragung ihrer Entlassung aus der rumänischen Staatsbürgerschaft 600 DM als Vorauszahlung zu entrichten haben?
11. Abgeordnete **Frau Berger (Berlin)** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, ob nach Zahlung dieses Betrags der Antrag durch die rumänischen Behörden zügig bearbeitet und ob, bei Verweigerung der Entlassung aus der rumänischen Staatsbürgerschaft, der Betrag zurückgezahlt wird?
12. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)	Welche konkreten Maßnahmen hatte die Bundesregierung ergriffen, nachdem die jugoslawischen Justizbehörden im Oktober 1978 die Freilassung von vier in Belgrad inhaftierten deutschen Terroristen verfügten, und dadurch die bestehenden diplomatischen Beziehungen zur sozialistischen Republik Jugoslawien belastet wurden?
13. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)	Hat die jugoslawische Regierung inzwischen erkennen lassen, daß sie unseren Rechtsstandpunkt teilt, wonach in vorliegendem Fall eine einseitige Vertragsverletzung durch die jugoslawischen Behörden vorliegt, oder welche anderen mit diesem Vorfall im Zusammenhang stehenden Ereignisse sind der Anlaß zu dem Bemühen, wieder zu normalen Beziehungen zurückzukehren?
14. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine Ansiedlung der Vietnamflüchtlinge im südostasiatischen Raum wünschenswert wäre, und wenn ja, welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher im Rahmen der Vereinten Nationen eingeleitet und gedenkt sie in Zukunft zu ergreifen, um eine freiwillige Repatriierung der Flüchtlinge in diesem Kulturkreis zu gewährleisten?
15. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)	Welche Vermögensabkommen hat die Bundesregierung in letzter Zeit mit welchen Staaten und mit welchem Inhalt abgeschlossen, bzw. über welche Vermögensabkommen verhandelt sie?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

16. Abgeordneter **Möllemann** (FDP)

Beabsichtigt die Bundesregierung, der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) oder einer sonstigen Organisation bzw. Institution den Schutzraumbetriebsdienst zu überlassen, der die aus Mitteln des Zivilschutzes erstellten Schutzbauten und ihre technischen Einrichtungen wartet und instandhält sowie im Bedarfsfall betreut?

17. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung in absehbarer Zeit, z. B. noch in dieser Wahlperiode, das Beihilferecht zu vereinfachen und vor allen Dingen Verbesserungen für die Empfänger von Witwen- und Witwergeld sowie für Schwerbeschädigte vorzunehmen?

18. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Wie begründet die Bundesregierung die Nichtberücksichtigung des höheren Dienstes in der Verordnung zu § 5 Abs. 6 Satz 3 des Bundesbesoldungsgesetzes vom 23. Dezember 1971 (BGBl. I S. 2162), geändert durch die Verordnung vom 30. April 1974 (BGBl. I S. 1031), und in der Zweiten Verordnung zu § 5 Abs. 6 Satz 3 des Bundesbesoldungsgesetzes vom 16. April 1975 (BGBl. I S. 960), und hält sie den Ausschluß des höheren Dienstes für mit den Grundsätzen der Gleichberechtigung und der Fürsorgepflicht des Dienstherren vereinbar?

19. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen sind seitens der Bundesregierung beabsichtigt, um diese Ungleichbehandlung des höheren Dienstes zu beseitigen?

20. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die von Bundesinnenminister Baum im „Spiegel" vertretene Auffassung, es sei eine politische Position denkbar, die auf Kernenergie verzichtet, und ist der Bundesregierung bekannt, was den Bundesinnenminister veranlaßte, den Verzicht auf Kernenergie wegen „Harrisburg" für denkbar zu halten, obwohl die Sicherheitskonzeption der Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland auch nach den offiziellen Verlautbarungen der Bundesregierung einen Ablauf wie in Harrisburg verhindert hätte?

21. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung zu den in diesem Jahr anstehenden Teilerrichtungsgenehmigungen für Kernkraftwerke ihre Zustimmung erteilen?

22. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Hat sich die Bundesregierung mit dem Freistaat Bayern nunmehr schon über die Zuständigkeit für ein etwaiges Verbot der Wehrsportgruppe Hoffmann geeinigt, und welche sonstigen Hemmnisse stehen einem Verbot noch entgegen?

23. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß inzwischen weitere Länder personelle und materielle Konsequenzen im Hinblick auf die Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität in Thailand gezogen haben, und wann wird die Bundesregierung einen Beamten zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität nach Thailand senden?

24. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Trifft es zu, daß im öffentlichen Dienst des Bundes zunächst beabsichtigte Einstellungen nicht erfolgen, wenn bekannt wird, daß der Bewerber einen Schwerbehindertenausweis besitzt?

25. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Hält die Bundesregierung es gegebenenfalls rechtlich für vertretbar, wenn ein anerkannter Schwerbehinderter darauf verzichtet, in den Fragebögen einer Einstellungsbehörde des Bundes seine Schwerbehinderteneigenschaft anzugeben, wenn er aus der Bekanntgabe Nachteile befürchtet?

26. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Ist es nach Auffassung der Bundesregierung mit der Fürsorgepflicht des Dienstherrn und dem Gleichbehandlungsgrundsatz zu vereinbaren, daß bei aktiven Wahlbeamten auf Zeit der Rechtsstand gemäß § 5 der Kommunalbesoldungsverordnung des Bundes vom 7. April 1978 (BGBl. I S. 468) gewahrt wird, während die nach einer Verwaltungsreform in den Ruhestand versetzten kommunalen Wahlbeamten auch für die Dauer ihrer noch nicht abgelaufenen Wahlzeit nur die Versorgungsbezüge aus dem vorher wahrgenommenen Amt erhalten, und wenn nein, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

27. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung zur Beseitigung dieser Ungleichbehandlung die in Frage 26 genannten kommunalen Wahlbeamten auf Zeit, die wegen einer Verwaltungsreform in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden sind, an der strukturellen Änderung der Besoldung der kommunalen Wahlbeamten zu beteiligen?

28. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit der Einführung des amerikanischen Teilzeitarbeitmodells „Job – Sharing" im Bereich des öffentlichen Dienstes und die vorliegenden guten Erfahrungen, die die amerikanischen Behörden mit diesem Modell gemacht haben?

29. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Warum hat die Bundesregierung den Vorschlag der Wissenschaft (z. B. Prof. Dr. Heinz Vetter, Forschungsanstalt der Landwirtschaftskammer Weser-Ems) nicht aufgegriffen und bei der Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes die Messung von Schadstoffgehalten in Pflanzen eingeführt, die zuverlässiger sein sollen als Messungen in der Atemluft?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

30. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Hält die Bundesregierung es für mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines Betriebsrats und dem dazu notwendigen Vertrauensverhältnis zwischen Betriebsratsmitgliedern und von ihnen vertretenen Arbeitnehmern vereinbar, daß Betriebsräte gesetzlich verpflichtet sind, über ihnen von Kollegen anvertraute Gesprächsinhalte als Zeuge vor Gericht auszusagen, und wenn nein, gedenkt die Bundesregierung, das Betriebsverfassungsgesetz dahin gehend zu ändern, daß ein Zeugnisverweigerungsrecht für Betriebsräte eingeführt wird?

31. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, alsbald die erforderlichen gesetzgeberischen Schritte einzuleiten, um die durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 1. März 1978 verursachte erhöhte Belastung mit Notargebühren durch eine Gesetzesnovelle mit rückwirkender Kraft abzubauen und damit die Ungleichbehandlung der Gemeinden im Verhältnis zu Bund und Ländern zu beenden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

32. Abgeordneter **Dr. Lenz (Bergstraße)** (CDU/CSU)	Sind der Bundesregierung Pläne der US-Streitkräfte bekannt, die Nutzung des von diesen bisher nur allgemein zu Übungszwecken genutzten Waldgeländes von ca. 470 ha im Bereich Mannheim, Viernheim und Lampertheim zu einem Panzerübungs- und Panzerschießplatz zu verändern, und welche Haltung nimmt die Bundesregierung gegebenenfalls zu diesen Plänen ein?
33. Abgeordneter **Dr. Lenz (Bergstraße)** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die Befürchtung der benachbarten Städte und Gemeinden, daß dadurch neue Gefahren für die Wasserversorgung und das ökologische Gleichgewicht in diesem Raum entstehen oder bestehende Gefahren vergrößert werden, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?
34. Abgeordneter **Schäfer (Mainz)** (FDP)	Ist die Bundesregierung bereit, für den Fall des Verkaufs von Schloß Waldthausen an die Stadt Mainz zu einem Kaufpreis von 2,5 Millionen DM vorher Sorge für eine Renovierung der sich in desolatem Zustand befindlichen Räume zu tragen?
35. Abgeordneter **Schäfer (Mainz)** (FDP)	Wäre die Bundesregierung bereit, in jedem Fall, d. h. auch bei Veräußerung des Schlosses an einen Dritten, dafür Sorge zu tragen, daß das zu diesem Grundstück gehörende große Waldgelände als Naherholungsgebiet den Bürgern des Ballungszentrums Rhein-Main zugänglich gemacht wird?
36. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß vielfach Investitionen bei Firmen, die über Leasing finanzieren, in der Bilanz nicht erscheinen, sogar im Geschäftsbericht nicht einmal erwähnt werden müssen, und sieht sie sich veranlaßt, diese Form der „Bilanzkosmetik" durch entsprechende gesetzliche Regelungen zu unterbinden?
37. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)	Beabsichtigt die Bundesregierung, mit der belgischen Regierung die neuerlich für Pendler in die Bundesrepublik Deutschland entstandenen zusätzlichen steuerlichen Belastungen im Rahmen des deutsch-belgischen Doppelbesteuerungsabkommens zu erörtern?
38. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)	Wird dabei insbesondere auch die Pauschalierung bei deutschen Steuerpflichtigen neu geregelt, die ihren ersten Wohnsitz im Königreich Belgien, ihren Arbeitsplatz aber in der Bundesrepublik Deutschland haben?
39. Abgeordneter **Vogelsang** (SPD)	Beachtet das Bundesfinanzministerium die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs nicht (vgl. Der Spiegel Nr. 10/79), und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls dagegen zu tun?
40. Abgeordneter **Kretkowski** (SPD)	Ist die Bundesregierung nicht der Ansicht, daß so bald wie möglich das Bundesentschädigungsschlußgesetz von 1965 aufgehoben werden sollte, um so den neueren wissenschaftlichen Erkenntnissen, u. a. über die gesundheitlichen Spätschäden bei Widerstandskämpfern, gerecht zu werden?

41. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Wie ist derzeit die Besteuerung von Methanol im Vergleich zu Benzin in der Bundesrepublik Deutschland im einzelnen geregelt, und was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die Besteuerung des Methanols zu verringern mindestens auf ein Niveau, das der Benzinbesteuerung entspricht?

42. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Welche gesetzlichen Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung im Blick auf die Existenzbedrohung der deutschen Lederwarenindustrie als Hersteller von Werbemitteln zu ergreifen, um die derzeitige Wertgrenze für den Einsatz von Werbemitteln in Höhe von 50 DM angemessen heraufzusetzen?

43. Abgeordneter **Kühbacher** (SPD)

Kann die Bundesregierung sicherstellen, daß in ihrem Verantwortungsbereich bei der Bezahlung von Werkverträgen an Einzelpersonen die Durchschriften der Kassenanweisungen im Wege der Rechts- und Amtshilfe als Kontrollmitteilung an die zuständigen Finanzämter übersandt werden, um die steuerliche Erfassung der Vergütung aus Werkverträgen voll zu gewährleisten?

44. Abgeordneter **Kühbacher** (SPD)

Hat die Bundesregierung einen Überblick darüber, in welchem Umfang aus den einzelnen Haushaltstiteln aller Bundesministerien Vergütungen aus Werkverträgen an Einzelpersonen geleistet werden, und in welchem Umfang hierfür Haushaltsmittel aufgewandt werden?

45. Abgeordneter **Kühbacher** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß anläßlich der Abgabe von Einkommensteuererklärungen gelegentlich die Angabe über erhaltene Vergütungen aus Werkverträgen der öffentlichen Hand vergessen wird, und daß bei Nichtweitergabe der Kontrollmitteilungen an die Finanzämter damit Beträge aus öffentlichen Kassen nicht der Steuer unterworfen werden, und beabsichtigt die Bundesregierung, hieraus eine schärfere Kontrolle der Verwaltung abzuleiten, damit alle Kassenanweisungen mit Durchschrift an die zuständigen Finanzämter gelangen?

46. Abgeordneter **Kühbacher** (SPD)

Hat die Bundesregierung diesen Fragenkomplex mit den zuständigen Länderministern auf entsprechenden Ministergesprächen bereits andiskutiert, oder beabsichtigt sie, dieses bei nächster Gelegenheit zu tun?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

47. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Bemühungen der Vereinigten-Aluminium-Werke (VAW) zum Einstieg in den mittelständisch strukturierten Herstellungsbereich von Verkehrszeichen und -einrichtungen für vereinbar mit dem auch von ihr propagierten Hauptziel der Wirtschaftspolitik, den Mittelstand zu fördern und damit zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen beizutragen?

48. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Zeichnet sich die Gefahr ab, daß der öffentlichen Hand als alleinigem Nachfrager nur ein einziger Anbieter aus dem Bereich der öffentlichen Hand gegenübertritt, und sieht die Bundesregierung gegebenenfalls in dem Auftreten eines einzigen Anbieters einen nicht mehr vertretbaren Verdrängungswettbewerb?

49. Abgeordneter **Link** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der VW-Konzern schon seit zwei Jahren ein energiesparendes Automobil als Prototyp mit nur vier Litern Verbrauch auf 100 Kilometer entwickelt hat und dieses verbrauchsfreundliche Auto dem Markt nicht zugeführt sondern zurückgehalten werden soll, und wie beurteilt die Bundesregierung dies gegebenenfalls als Hauptaktionär der VW-Werke?

50. Abgeordneter **Link** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, als Hauptaktionär der VW-Werke darauf hinzuwirken, daß entsprechend dem politischen Willen des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung zur „sparsamen Verwendung von Energie" dieses in großem Ausmaß energiesparende Automobil alsbald dem Verbrauchermarkt zur Verfügung steht?

51. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Zu welchen Ergebnissen hat die Uranprospektion im Raum Baden-Baden/Gernsbach durch die mittelbar im Bundesbesitz befindliche Saarberg/Interplan bisher geführt, und mit welchen Aktivitäten dieses Unternehmens ist auf Grund der bisherigen Vorarbeiten in den nächsten Jahren im Raum Baden-Baden/Gernsbach zu rechnen?

52. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Welche Zuschüsse beabsichtigt die Bundesregierung im nächsten Jahr direkt oder indirekt für die weitere Uranprospektion im Raum Baden-Baden/Gernsbach zu zahlen?

53. Abgeordneter **Arendt** (SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß der Rohhäutemarkt in der Bundesrepublik Deutschland durch einseitige Großkäufe der Staatshandelsländer, vor allem der UdSSR, immer mehr in seinem Gleichgewicht zu Lasten der bundesdeutschen Lederindustrie beeinträchtigt wird, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung gegebenenfalls daraus?

54. Abgeordneter **Arendt** (SPD)

Ist es richtig, daß durch diese Entwicklung allein von Dezember 1978 bis Februar 1979 die Preisindices für Häute um mehr als 50 v. H. gestiegen und dadurch in der lederverarbeitenden Industrie Preissteigerungen von rund 40 v. H. eingetreten sind, und gedenkt die Bundesregierung, Maßnahmen zu ergreifen, um Arbeitsplätze in der Lederindustrie zu erhalten, die durch inländische Rohhäuteverknappung und ständige Preissteigerungen gefährdet sind?

55. Abgeordneter **Arendt** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, durch gezielte Maßnahmen die Großkäufe der Staatshandelsländer, die ihrerseits nicht exportieren, einzuschränken, um somit eine ausreichende heimische Rohstoffversorgung zu gewährleisten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

56. Abgeordneter **Klinker** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der von Drittländern vorgenommenen Aufteilung der bisher frei befischbaren Ostsee auf die Rentabilität und Struktur der Ostseefischerei, und welche Maßnahmen hält sie für erforderlich, um der deutschen Küstenfischerflotte in der Ostsee mit den dazugehörigen Verwertungsbetrieben eine ausreichende Existenzgrundlage auch in Zukunft zu sichern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

57. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)	Mit welcher Begründung hat die Bundesregierung die Berufsgruppe der Akademiker aus dem Ausnahmekatalog gestrichen, der bestimmten Gruppen von ausländischen Arbeitnehmern einen Sichtvermerk für die Einreise zur Arbeitsaufnahme ermöglicht?
58. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirkung dieses Beschlusses auf die Besetzung von Assistenzarztstellen durch ausländische Fachärzte?
59. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)	Wie gedenkt die Bundesregierung, einen durch diesen Beschluß entstehenden Mangel an Fachärzten, z. B. im Bereich der Anästhesie, auszugleichen?
60. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)	Welches Konzept verfolgt die Bundesregierung mit der Schaffung von sogenannten Teilsozialheimen, und ist es zutreffend, daß bereits mehrere solcher Einrichtungen geschaffen worden sind, ohne rechtzeitig das zum Betrieb und zur Leitung dieser Heime notwendige Personal bereitzustellen und den rechtlichen Status dieser Einrichtungen zu klären?
61. Abgeordneter **Conrad (Riegelsberg)** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß die Bundesregierung ein Sonderprogramm zur Beseitigung der überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit in bestimmten Arbeitsmarktregionen plant, und in welchem finanziellen Umfang wird das Saarland gegebenenfalls daran beteiligt?
62. Abgeordneter **Conrad (Riegelsberg)** (CDU/CSU)	Welche Arbeitgeber bzw. Branchen bzw. neu auszubildende umschulende Arbeitnehmer sollen nach dem geplanten arbeitsmarktpolitischen Schwerpunktprogramm gefördert werden?
63. Abgeordneter **Conrad (Riegelsberg)** (CDU/CSU)	Beabsichtigt die Bundesregierung, dem Arbeitgeber bzw. dem Betrieb Auflagen hinsichtlich einer Weiterbeschäftigung des Arbeitnehmers nach Beendigung der geförderten Maßnahme zu erteilen?
64. Abgeordneter **Conrad (Riegelsberg)** (CDU/CSU)	Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, die von ihr geplanten besonderen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Problemgebiet Saarland bei Arbeitgebern bzw. Betrieben publik zu machen, und wann wird sie dieses tun?
65. Abgeordneter **Dr. Blüm** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung zu einer Streichung des Stichtags für Ersatzzeiten nach § 4 Abs. 2 a des Rentenversicherungs-Änderungsgesetzes bereit, wie viele Personen würden davon betroffen, und welche Kosten würden dadurch entstehen?
66. Abgeordneter **Krockert** (SPD)	Welche Folgerungen sind nach Auffassung der Bundesregierung aus dem Forschungsbericht „Schichtarbeit in der Bundesrepublik Deutschland" für den Bundesgesetzgeber zu ziehen?
67. Abgeordneter **Krockert** (SPD)	Welche Initiativen zugunsten einer Minderung der Belastungen durch Schichtarbeit wird die Bundesregierung in absehbarer Zeit ergreifen?

68. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß – wie die Presse meldete – bereits im Herbst 1979 der Grundstein für eine Humanisierungs-Akademie in Dortmund gelegt werden kann, deren Aufgabe es sein soll, Seminare für Betriebsärzte, Betriebsräte und Gewerkschaftler über Humanisierungsmaßnahmen am Arbeitsplatz durchzuführen?

69. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Wie sieht gegebenenfalls nach den gegenwärtigen Vorstellungen der Bundesregierung die Finanzierung für den Bau und die Folgekosten der Akademie aus, und wer hat von seiten der Bundesregierung mit welchen Stellen des Landes Nordrhein-Westfalen und der Stadt Dortmund Verhandlungen über eine Humanisierungs-Akademie geführt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

70. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß zu Lasten der Truppe die technische Truppenschule 1 in Aachen personell auf dem Kommandierungswege verstärkt wird mit dem Ergebnis, daß in der Truppe etwa ein Drittel des Ausbildungspersonals fehlt, und ist es richtig, daß diese Kommandierungen auch die davon Betroffenen benachteiligen, weil solche Kommandierungszeiten nicht laufbahnrelevant sind?

71. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Warum hat sich die Herausgabe der ZDv 60/2 (Richtlinien für Heime) durch das Bundesverteidigungsministerium bisher verzögert, obwohl bekannt ist, daß gerade die Unteroffizierheimgesellschaften mit Eigenbewirtschaftung seit 1974 auf die Herausgabe dieser Vorschrift warten, um ihre Arbeit auf eine rechtlich einwandfreie Grundlage zu stellen?

72. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen des „Jahrs des Kindes" sich insbesondere auch den Problemen der Kinder der Soldaten zuzuwenden und dabei die noch ungelösten Fragen wie Versetzungshäufigkeit der Väter, unterschiedliche Schulbücher, Unterrichtsstoffe sowie die damit verbundenen Belastungen der Soldatenfamilien durch Änderung des Reise- und Umzugskostenrechts oder der Wohnungsfürsorge aufgeschlossen und zielstrebig abzubauen?

73. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Wird – wie Presseberichten zu entnehmen ist (Die Welt vom 4. April 1979) – im Bundesverteidigungsministerium z. Z. geprüft, für die in den einzelnen Jahrgängen überzähligen Majore und Oberstleutnante von 1982 bis 1995 rund 2 000 zusätzliche Stellen in Stäben, Kommandobehörden usw. zu schaffen, und konnte dieser Plan gegebenenfalls nur deshalb bisher nicht verwirklicht werden, weil der Bundesverteidigungsminister keine positive Entscheidung gefällt hat?

74. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Was will die Bundesregierung tun, um den nicht unbeträchtlichen Teil von Wehrpflichtigen und Zeitsoldaten, die nach Beendigung ihres Wehrdienstes zunächst arbeitslos sind – und weil es sich oft auch um Schüler und Studenten handelt, die vielfach keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld hätten unmittelbar und wirksam Hilfe zu leisten?

75. Abgeordneter **Würtz** **(SPD)**

Wird der Bundesverteidigungsminister in Kürze die Einbeziehung der Wehrpflichtigen bei den Zulageregelungen (insbesondere bei den Erschwerniszulagen) gemäß seiner grundsätzlichen Antwort an den Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses zum Thema Dienstzeitbelastung vornehmen, und wenn nein, sieht der Bundesverteidigungsminister einen Widerspruch zwischen der jetzigen Entscheidung des Bundesministers und der administrativen Praxis, und wie begründet er ihn gegebenenfalls?

76. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Welche Truppenbesuche wurden innerhalb der von parlamentarischen Gremien festgelegten Acht-Wochen-Sperre für Politiker vor Wahlen durch Mitglieder der Bundesregierung in Garnisonen oder bei militärischen Dienststellen im Bundesland Schleswig-Holstein vor dem 29. April 1979 durchgeführt?

77. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung darüber informiert, ob Angebote der einschlägigen Industrie im Zuge der Einführung neuen Großgeräts, z. B. MAN, zur Einführung der Fahrzeuge der neuen Generation, das entsprechende Fachpersonal der Bundeswehr vorbereitend auszubilden, mit dem Hinweis auf die so entstehenden Kosten abgewiesen worden sind, und wenn ja, entspricht es ihren Vorstellungen?

78. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß alle Hauptfeldwebel, die im Bundesverteidigungsministerium Dienst tun, spätestens mit der Vollendung des 40. Lebensjahrs in eine mit A 9 dotierte Planstelle eingewiesen werden?

79. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Wann wird die Bundesregierung ein fortgeschriebenes Weißbuch zur Verteidigungspolitik vorlegen, dessen letzte Ausgabe aus dem Jahr 1975/76 stammt und dessen Neuauflage angesichts des aktuellen Stands der Abrüstungs- und Rüstungskontrolldiskussion dringlich wäre?

80. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welche Pläne bezüglich der Erweiterung bzw. Neuerrichtung von Übungsplätzen für den Standort Wetzlar der Bundeswehr (einschließlich alternativer Überlegungen zu bestehenden Einrichtungen) gibt es zur Zeit?

81. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Auf welche Weise ist eine angemessene Beteiligung der Bürger bzw. der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften bei der Entscheidung sichergestellt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

82. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung, damit Tierversuche durch Alternativmethoden ersetzt werden können, wie z. B. Zellgewebeorgankulturmethoden, Computer, Lehrfilme, Versuchspuppen usw.?

83. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Geldmittel zur Zeit zur Erforschung von Alternativmethoden, die schmerzfrei, sauber, kostensparend, modern und keine Tierquälerei sind, verwendet werden, und ob es zutrifft, daß allein in der Bundesrepublik Deutschland jährlich 2 Milliarden DM für Tierversuche ausgegeben werden?

84.	Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)	Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die gesundheitlichen Auswirkungen des „Jogging“ vor, und gedenkt sie angesichts der unterschiedlichen Auffassungen in der Wissenschaft über seinen gesundheitlichen Wert, die Bevölkerung hierüber aufzuklären?
85.	Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)	Was hat die Bundesregierung getan, um sicher zu stellen, daß das Bundesgesundheitsamt im Rahmen seiner Zuständigkeit nur den Import solcher in Deutschland zugelassener Arzneimittel ermöglicht, die sich von den zugelassenen in keiner Hinsicht unterscheiden und sich auch hinsichtlich der Verpakkung und der schriftlichen Beilagen nicht von den für das entsprechende Mittel zwingend vorgeschriebenen Auflagen abheben?
86.	Abgeordneter **Seefeld** (SPD)	Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der in der Zeitschrift „Einsatz – Informationen der Deutschen Rettungsflugwacht“, Nr. 1/79, von Herrn Dr. Jungchen wiedergegebene Feststellung über die Effektivität der Ausbildung von Führerscheinbewerbern über Sofortmaßnahmen am Unfallort, „in der Realität reicht der Kenntnisstand nicht einmal für einen ‚Notfallgehilfen‘ aus“?
87.	Abgeordneter **Seefeld** (SPD)	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die von Herrn Dr. Jungchen geforderten drei Faktoren, nämlich „ein wesentlich erhöhter Wissensstand, eine größere Bereitschaft zum Helfen und eine ausreichende Sicherheit“ bei der Ausbildung erreichen zu können?
88.	Abgeordneter **Dr. Köhler (Duisburg)** (CDU/CSU)	Kann die Bundesregierung Berichte bestätigen, wonach Studenten angeblich wegen nicht ordnungsgemäßer Studienbedingungen an einzelnen Universitäten bei Überschreitung der Regelstudienzeit und Fortfall der Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz Sozialhilfe erhalten, weil „sie unverschuldet in eine Notlage geraten sind“, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
89.	Abgeordneter **Dr Köhler (Duisburg)** (CDU/CSU)	Muß, wenn davon ausgegangen wird, daß sich die Studienbedingungen an den Universitäten wegen der starken Jahrgänge allgemein verschlechtern, damit gerechnet werden, daß die Sozialhilfe zum allgemeinen Auffangtatbestand für „Langzeitstudenten“ wird, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Entwicklung insbesondere unter Berücksichtigung ihrer finanziellen Auswirkungen auf die Gebietskörperschaften?
90.	Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)	In welchem Umfang wird nach Einschätzung der Bundesregierung der jährliche Bedarf an Versuchstieren nach Zahl und Art bei der Durchführung der im Regierungsentwurf eines Gesetzes zum Schutz vor gefährlichen Stoffen (Chemikaliengesetz) vorgeschriebenen Prüfungen zunehmen?
91.	Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)	Erhält die „Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk“ erhebliche Zuwendungen aus dem Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit entgegen den Erläuterungen zum Tit. 68403/236 nur für die Betreuung von jugendlichen Zuwanderern, nicht aber von jugendlichen Aussiedlern, nachdem Aufrufe der Gemeinschaft sich nur an die

Zuwanderer wenden und ihre zentrale Beratungsstelle in Informationsschriften in deutscher Sprache sich nur als für Zuwanderer zuständig ausweist (in polnischer Sprache dagegen für „Umsiedler"), wobei sie allerdings auch eine Sprachförderung in Aussicht stellt, was sich wohl wieder auf jugendliche Aussiedler bezieht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

92. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Trifft es zu, daß mit dem Bau der Autobahn Berlin – Hamburg über eine sogenannte Nordtrasse drei Landschaftsschutzgebiete auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland geschädigt bzw. zerstört würden, wie der Bund Bürgerinitiativen Umweltschutz kritisiert hat?

93. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Hat die Bundesanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie den geplanten Bau dieser Autobahn in die Überprüfung des Bedarfsplans der Bundesfernstraßen aufgenommen, damit sichergestellt werden kann, daß die Gesichtspunkte des Landschaftsschutzes und der Ökologie von Anfang an entsprechend den Zielsetzungen der Umweltschutzgesetzgebung des Bundes berücksichtigt werden?

94. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen verzögert sich der Weiterbau der Maintalautobahn A 70 im bereits planerisch festgestellten Abschnitt Horhausen – Knetzgau?

95. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Wann gedenkt die Bundesregierung, die für den Bau dieses Abschnitts erforderlichen Gelder nun endgültig zur Verfügung zu stelien?

96. Abgeordneter **Angermeyer** **(FDP)**

Wie beurteilt die Bundesregierung das neue „GdED-Verkehrskonzept der Vernunft" zur Sanierung der Deutschen Bundesbahn im Hinblick auf den Kabinettsbeschluß zur Deutschen Bundesbahn im Jahr 1978?

97. Abgeordneter **Angermeyer** (FDP)

Ist die Bundesregierung von ihrer bisherigen Auffassung abgewichen, daß die Sanierung der Deutschen Bundesbahn nicht durch einseitige ordnungspolitische Eingriffe in den Verkehrsmarkt zugunsten der Deutschen Bundesbahn bewerkstelligt werden soll?

98. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Deutsche Bundesbahn beabsichtigt, das Bahnbetriebswerk in Husum (Schleswig-Holstein) zu schließen und es an die Ostküste des Landes zu verlegen?

99. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Billigt die Bundesregierung gegebenenfalls die dadurch entstehende Schwächung des Arbeitsmarkts in einem revierfernen Gebiet um ca. 200 Arbeitsplätze, und ist sie bereit, darauf hinzuwirken, daß diese Maßnahme nicht durchgeführt wird?

100. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Kann nach Auffassung der Bundesregierung der Wegfall von 200 Arbeitsplätzen in Husum zu einer bemerkenswerten Störung des dortigen Arbeitsmarkts führen, und wenn ja, was wird sie unternehmen, daß es hierdurch nicht zu einer negativen infrastrukturellen Entwicklung und einer Zunahme der Arbeitslosigkeit kommt?

101. Abgeordneter **Gansel** (SPD)	Ist es zutreffend, daß es nach dem deutschen Straßenverkehrsrecht keine Möglichkeiten gibt, Parkplätze für Schwerbehinderte mit außergewöhnlichen Gehbehinderungen freizuhalten, und wenn ja, welche Konsequenzen will die Bundesregierung daraus ziehen?
102. Abgeordneter **Kretkowski** (SPD)	Verweigert das Staatsunternehmen Lufthansa dem ehemaligen Lufthansa-Flugkapitän Hans-Heinz Siebert (heute 64 Jahre alt) seit Kriegsende die Wiedereinstellung, und hält dieses Unternehmen es noch nicht einmal für nötig, auf seine Briefe zu antworten, und wenn ja, aus welchem Grunde?
103. Abgeordneter **Kretkowski** (SPD)	Ist die Bundesregierung nicht der Ansicht, daß diesem Mann geholfen werden muß im Rahmen der Wiedergutmachung, und was gedenkt sie zu tun?
104. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)	Welche konkreten Konsequenzen ergeben sich aus der Ankündigung des Bundesverkehrsministers, mindestens 500 der 1 000 Bahnübergänge, bei denen sich Bundesbahnstrecken mit Bundesstraßen auf gleicher Ebene kreuzen, in den nächsten 10 bis 15 Jahren zu beseitigen, für den Kreis Gütersloh und die Stadt Bielefeld?
105. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß die DDR an den Kontrollpunkten der Transitstrecken zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) elektronische Überwachungsgeräte der schwedischen Firma AGA einsetzt, mit denen die Kofferräume von Fahrzeugen durchforscht werden, und daß diese Wärmebildsichtgeräte auch in mobiler Form an Raststätten und Parkplätzen der Transitstrecken verwendet werden?
106. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß die DDR-Behörden auf den Transitstrecken zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) zivile Fahrzeuge mit polizeilichen Kennzeichen aus der Bundesrepublik Deutschland gegen die Benutzer der Transitstrecken einsetzen, und daß diese Fahrzeuge ständig mit ihrer Einsatzzentrale über Funk in Verbindung stehen?
107. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß die Behörden der DDR rund 6 000 Personen zur Überwachung der Transitstrecken verpflichtet haben, die als Straßen- oder Feldarbeiter getarnt und mit Funkgeräten und Scherenfernrohren ausgerüstet die Transitstrecken lückenlos überwachen?
108. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)	Was unternimmt die Bundesregierung gegebenenfalls in der Transitkommission gegen das Spitzel- und Ausspähungssystem der DDR auf den Transitstrecken?
109. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, auf Grund der stark gestiegenen Verkehrsbelastung auf der Bundesstraße B 41 im Landkreis Bad Kreuznach die geplanten Neubau- und Ausbauarbeiten in die Dringlichkeitsstufe I a aufzustufen?

110. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, das noch aus dem Jahr 1961 stammende Postleitzahlenverzeichnis, das vor allem durch die Kommunalreform weitgehend überholt ist, neu aufzulegen und wie das Amtliche Fernsprechbuch kostenlos an alle Haushaltungen zu verteilen?

111. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung ausschließen, daß noch in dieser Wahlperiode im Bereich der Oberpostdirektion Kiel weitere Postanstalten auf dem Land aufgelöst und durch „fahrbare Postschalter" ersetzt werden, und wenn nein, welche Gemeinden müssen in diesem Bereich damit rechnen, daß sie ihre Postanstalten verlieren?

112. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die von der Deutschen Bundespost beförderte und für den Bürger immer lästiger werdende Reklame zu reduzieren, und wie kann sich ein Bürger gegen die Flut unerwünschter Reklame in seinem Briefkasten wehren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

113. Abgeordnete **Frau Berger (Berlin)** (CDU/CSU)

Welche Vereinbarungen wurden mit der DDR bezüglich des Beglaubigungstextes in Telegrammen getroffen, den die dortigen Behörden als Nachweis eines Todesfalls verlangen, wenn Verwandte ersten Grades des Verstorbenen zur Beerdigung besuchsweise in die Bundesrepublik Deutschland reisen wollen?

114. Abgeordnete **Frau Berger (Berlin)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, mit der DDR über eine Kürzung des Beglaubigungstextes zu verhandeln, oder sieht sie eine andere Möglichkeit, wie die nicht unerheblichen Kosten für solche Telegramme gesenkt werden können?

115. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, welche Bundesländer bisher den Beschluß der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder vom 23. November 1978 zur Behandlung der deutschen Frage im Unterricht durch Entscheidungen der zuständigen Landesorgane und durch die landesübliche Bekanntgabe für verbindlich erklärt haben, wie das im zweiten Absatz der Einführung zu diesem Beschluß vorgesehen ist, und was kann die Bundesregierung koordinierend tun, um in dieser bundespolitisch bedeutsamen Frage vergleichbare Lebensverhältnisse in allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland herzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

116. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Hat der Bundesforschungsminister entsprechend seiner Antwort auf meine diesbezügliche Anfrage (vgl. Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages vom 21. Dezember 1978) ein spezielles Gutachten zu der Studie von Richard E. Webb zur technischen Beurteilung möglicher Rekritikalitätsunfälle beim SNR 300 in Auftrag gegeben, oder hat die Bundesregierung die Überzeugung, daß ein solches Gutachten nicht erforderlich ist?

117. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Forschungsprojekte fördert die Bundesregierung zur Ermittlung einer optimalen Energieversorgungsstruktur unserer Volkswirtschaft mit einem möglichst niedrigen Primärenergieeinsatz und daher einer Minimierung des Stromeinsatzes?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

118. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung den Erlaß einer Verordnung über die berufliche Fortbildung zum „Werkfeuerwehrmann", wie sie der Deutsche Gewerkschaftsbund zur Sicherung der verantwortungsvollen Funktion der Werkfeuerwehren vorgeschlagen hat, und bis wann ist gegebenenfalls mit einer entsprechenden Verordnung zu rechnen?

119. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die unterschiedliche Einstufung der Leiter von beruflichen Schulen einerseits und von Gymnasien andererseits, auch wenn die Schulen von der gleichen Schülerzahl besucht werden, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

120. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Inwieweit sind dabei die besonderen Umstände berücksichtigt, die für Leiter von Berufsschulen im Vergleich zu Leitern von Gymnasien nach Angaben der Betroffenen zu erhöhtem zeitlichen Aufwand und Erschwernissen führen (z. B. die Tatsache, daß Berufsschüler bereits nach zwei bis drei Jahren auf die Prüfung vorbereitet werden müssen, Schüler von Gymnasien dagegen wesentlich später, daß der Berufsschulunterricht in Stütz- und Erweiterungsunterricht differenziert ist, daß die Berufsschulleitungen ständige Kontakte zum dualen Partner der Berufsausbildung zu pflegen haben und daß immer mehr Berufsschüler volljährig sind)?

121. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Besitzt die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, wieviel „Koranschulen" gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) eingerichtet und wieviel geplant sind?

122. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele junge Menschen welcher Nationalitäten in diesen Koranschulen ausgebildet werden?

123. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Gibt der Verlauf der 4. ordentlichen Mitgliederversammlung der „Vereinigten Deutschen Studentenschaften" (VDS) vom 6. bis 8. April 1979 in Münster der Bundesregierung Anlaß, ihre bisherige Haltung zur VDS zu ändern, und wie beurteilt die Bundesregierung insbesondere die politische Einstellung des VDS-Vorstands, dem auch Angehörige verschiedener kommunistischer Gruppierungen (MSB Spartakus, Sozialistischer Hochschulbund, Basisgruppen) angehören, zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung?

124. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Wird seitens der Bundesregierung eine – eventuell auch projektbezogene – Wiederfinanzierung der VDS erwogen?

125. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Welche offiziellen Kontakte gibt es bisher zwischen der Bundesregierung und der VDS?

126. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Vorschläge des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) hinsichtlich der Notwendigkeit einer „Bundesstudentenkonferenz", zumal der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft laut einer Pressemitteilung des RCDS-Bundesvorstands vom 9. Oktober 1978 ebenfalls das „jahrelange Dilemma der VDS, der mangelhaften überregionalen Studentenvertretung" beklagte?

Bonn, den 4. Mai 1979